

Beschluss der Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen 9./ 10. November 2001, Leipzig, Städtische Bibliothek

Die Handlungsfähigkeit und Durchsetzungskraft der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erhöhen

Die vielen Diskussionen in den letzten Wochen haben ein wachsendes Interesse der Bevölkerung an Fragen der Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftlichen Kooperation gezeigt. Es wurde immer mehr Menschen und Politikern deutlich, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr nur eine Nischenexistenz als allein solidarisch oder caritativ begründete Hilfe führen darf, sondern viel stärker mit wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen der Europäer verknüpft ist, als bisher gedacht. Das eröffnet die Chance für eine neue Debatte über die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit, ihre Möglichkeiten und Grenzen und ihren Reformbedarf.

Die bisherige Schwäche des Politikfeldes Entwicklungszusammenarbeit im Zusammenspiel der innen- und außenpolitischen Themen und Strategien hat viel mit dem leider begrenzten Begründungszusammenhang von Solidarität und Nächstenliebe zu tun. Wir müssen die Situation nutzen, um neue Verbündete und weitere Finanzierungsmöglichkeiten zu finden. Die Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen der Europäer dabei stärker in die Diskussion einzubeziehen, wird diesem Anliegen gerecht.

Langfristig handlungsfähig: Entwicklungszusammenarbeit neu definieren

Im Kleinen wie im Großen gilt es, bei der Gestaltung einer globalisierten Marktwirtschaft jenseits ökonomischer Prozesse umfassendere gesellschaftliche Ziele zu definieren.

Dazu gehören z.B.

- einen fairen, transparenten und nachhaltigen Welthandel anzustreben,
- die großen internationalen Organisationen zu reformieren, um die Teilhabe von Industrie- und Entwicklungsländern gerechter zu gestalten,
- die Situation der ärmsten Länder zu stärken, um die drohende Isolierung von ihnen abzuwenden,
- eine erneute Anstrengung zur weltweiten Ernährungssicherung zu machen und
- ökologische Produktstandards langfristig durchzusetzen.

Wir fordern:

Dem von IWF und Weltbank gemachte Vorschlag, innerhalb dieser Dekade des sogenannte "0,7% - Ziel" (0,7% des BSP für Entwicklungszusammenarbeit) zu erreichen, soll sich auch Deutschland anschließen. Gleichzeitig soll sich Deutschland für dringend nötige Reformen der großen internationalen Organisationen einsetzen.

Diese Reformen der großen internationalen Institutionen, die einen Gutteil dieser öffentlichen Finanzen bekommen, aber immer wieder nach Erkenntnissen vergangener Jahrzehnte arbeiten, sind unabdingbar. Die partnerschaftliche Teilhabe von Entwicklungsländern ist in vielen Bereichen noch nicht hergestellt. Das geht mit einer stärkeren Durchsetzung von "good governance" einher, um auch in den Nehmerländern eine zielgerechte Mittelverwendung sicherzustellen, wie einheimische Nichtregierungsorganisationen immer wieder betonen. NGOs stärker in die Arbeit der internationalen Organisationen einzubeziehen, würde helfen, die jeweilige Bevölkerung viel stärker in die Entwicklungsprozesse des jeweiligen Landes einzubeziehen und korrupten Regimes über lang oder kurz ein Ende bereiten.

Die stärkere Einbeziehung privaten Kapitals in renditefähigen Sektoren der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit ist zu unterstützen, indem Qualitätssiegel eingeführt werden, die die entwicklungspolitische Bedeutung eines Investments sicherstellen. Auch binationale Fonds sind vorstellbar. Bei der hohen Ausdifferenzierung der Entwicklungsländer sind solche "Entwicklungsfonds", die sektoral oder regional begrenzt sind, nicht nur möglich, sind dringend geboten. Freiwerdende öffentliche Gelder können dann verstärkt zur Armutsbekämpfung oder für andere globale Aufgaben eingesetzt werden.

Kurzfristig handlungsfähig: Ein Stabilitätspakt Zentralasien und Afghanistan

Um die aktuelle Handlungsfähigkeit im Bereich der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen, bedarf es in den laufenden Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2002 einer weiteren Erhöhung der finanziellen Mittel, die zusätzlich zu den schon hinzugekommenen 200 Mio. DM im parlamentarischen Verfahren und den im Rahmen des Anti-Terror-Pakets zugesagten 200 Mio. DM zur Krisenbewältigung aufgebracht werden müssen.

Wir fordern: weitere 100-200 Mio. DM für das Jahr 2002 bereitzustellen, um einen Stabilitätspakt Zentralasien und Afghanistan zu finanzieren.

Der Aufbau des Landes nach über 20 Jahren Verfall, Armut und Unsicherheit muss sobald als möglich beginnen. Die Erfahrungen mit dem Stabilitätspakt für die Balkanländer haben gezeigt, dass politisch viel zu erreichen ist, wenn die Menschen an wirtschaftlicher Entwicklung teilhaben können und eine Perspektive für sich sehen.